



kompetent. motiviert.

Abstimm-Empfehlung 5W für die Gemeindeversammlung Dezember 2025

Das Forum 5W stimmt in drei der vier Gemeindeversammlungstraktanden dem Gemeinderat zu und äussert sich nur zur Behördenentschädigung und zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung:

Grundsätzlich erachten wir die BZO Revision als gut und nötig. Ausser bei der Mehrwertabgabe. Hier beantragt das Forum die Streichung des Art. 35. Der Gemeinderat verzichtet in diesem Artikel auf die Mehrwertabgabe, welche eine Gemeinde nach eigenem Gutdünken festsetzen kann, um ihre eigenen Kosten bei veränderten Bauvorhaben, die durch Auf- und Umzonungen neu möglich werden, zu decken.

Das dünkt uns nicht durchdacht. Wird durch eine Auf- oder Umzonung plötzlich in einem Gebiet sehr viel dichteres Bauen (oder eine andere grössere Veränderung) ermöglicht, hat dies auch für die Infrastruktur und den öffentlichen Raum Konsequenzen, die alle Bürger gemeinsam tragen müssen. Die Einnahmen können verwendet werden für diverse Verbesserungen im öffentlichen Raum, für die Neugestaltung von sozialen Infrastrukturen wie Quartiertreffpunkte oder ausserschulischen Einrichtungen, für Wege und Spielplätze wie auch für Parkanlagen und anderes mehr. Wir finden es deshalb richtig, dass diejenigen, die von einer Auf- oder Umzonung profitieren, auch einen Extrabeitrag zu diesen Kosten leisten.

Wir stimmen deshalb der Teilrevision der Bau- und Zonenordnung nur zu, wenn dieser Artikel gestrichen wird und in diesen Spezialfällen stets eine angemessene Mehrwertabgabe realisiert wird.

Durch die jetzige Streichung vergibt man sich nichts. Man kann nach einer breiteren Diskussion in einer kleinen, nächsten Revision den dann gewünschten Prozentsatz festlegen. Was man nicht machen sollte, ist diesen Grundsatz gleichzeitig mit allfälligen Auf- und Umzonungen vorlegen. Dort gäbe es dann möglicherweise handfeste finanzielle Interessen was einer objektiven Beurteilung entgegen steht.

Behördenentschädigung: Ja

Die Entschädigung der Behördentätigkeit soll den teils sehr grossen Aufwand berücksichtigen und fair sein. Die Politik soll nicht nur von Leuten gemacht werden, die finanziell sehr gut gebettet sind. Für viele Behördenmitglieder ist eine Reduktion des Arbeitspensums notwendig. Die entstehende Lücke muss mit der Behördenentschädigung gefüllt werden. Wir erachten die vorliegenden Vorschläge als ausgewogen, wenn auch die RGPK durch die Einführung der «Geschäftsprüfung» einen deutlichen Mehraufwand hat und dies eventuell nicht vollständig korrekt im aktuellen Vorschlag berücksichtigt ist.

Forum 5W